

**Schriften zum Öffentlichen Recht**

---

**Band 1571**

# **Flexibilisierung des Planrechts**

**Verfassungs- und unionsrechtliche Spielräume  
für die Schaffung bauplanungsrechtlicher  
Befreiungstatbestände**

**Von**

**Oliver Neuner**



**Duncker & Humblot · Berlin**

OLIVER NEUNER

## Flexibilisierung des Planrechts

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1571

# Flexibilisierung des Planrechts

Verfassungs- und unionsrechtliche Spielräume  
für die Schaffung bauplanungsrechtlicher  
Befreiungstatbestände

Von

Oliver Neuner



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin  
hat diese Arbeit im Jahre 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: 3w+p GmbH, Rimpär  
Druck: CPI books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 0582-0200  
ISBN 978-3-428-19396-7 (Print)  
ISBN 978-3-428-59396-5 (E-Book)  
Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,  
12165 Berlin, Germany | E-Mail: [info@duncker-humblot.de](mailto:info@duncker-humblot.de)  
Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2024 an der Humboldt-Universität zu Berlin als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 4. September 2024 statt. Die Literatur ist im Wesentlichen auf dem Stand von Mai 2024.

Mein Dank gilt zuvörderst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Olaf Reidt, der die Entstehung dieser Arbeit engagiert begleitet und immer wieder durch Anregungen bereichert hat. Ein besseres Betreuungsverhältnis hätte ich mir nicht wünschen können. Herrn Prof. Dr. Christian Waldhoff danke ich für die zügige Anfertigung des Zweitgutachtens sowie Frau Prof. Dr. Anna-Bettina Kaiser, LL.M. (Cambridge) für die Übernahme des Prüfungsvorsitzes.

Die Endphase dieses Dissertationsprojekts fiel mit meinem Berufseinstieg zusammen. Mein Dank gilt insofern insbesondere den Herren Rechtsanwälten Sascha Arnold, LL.M. (Berkeley) und Dr. Nicolas Sölter, LL.M. (Cambridge), die diese „Doppelbelastung“ durch ihre fachliche Unterstützung sowie durch freundschaftlichen Zuspruch erleichtert und bereichert haben. Meinen Kommilitonen und Freunden danke ich, dass sie immer ein offenes Ohr für meine Ideen und Sorgen hatten. Mein größter Dank gilt jedoch meiner Partnerin Christina, auf deren Rückhalt und Unterstützung ich mich stets verlassen konnte.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern, die mir über meinen Lebensweg hinweg stets Halt gegeben, an mich geglaubt und mich gefördert haben. Ohne sie würde es diese Arbeit nicht geben.

Hamburg, im Februar 2025

*Oliver Neuner*





# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	15
I. Gegenstand und Ziele der Arbeit .....	15
II. Gang der Untersuchung .....	19

## *Erster Teil*

<b>Flexibilisierung bauplanungsrechtlicher Vorgaben</b> .....	21
A. Einführung wesentlicher Begriffe .....	21
I. Flexibilisierung .....	21
II. Flexibilisierung aufgrund Gesetzes .....	22
1. Planimmanente Flexibilisierung durch Ausnahmen .....	23
2. Planexterne Flexibilisierung durch Befreiungen .....	23
3. Abweichung von bauplanungsrechtlichen Vorgaben .....	24
III. Flexibilisierung durch Gesetz .....	26
B. Abriss über die Entwicklung des Befreiungswesens .....	27
I. Ursprünge des Befreiungswesens .....	28
II. Die Befreiung im Absolutismus .....	30
III. Restriktionsversuche im Konstitutionalismus .....	31
IV. Das Befreiungswesen im Nationalsozialismus .....	34
V. Entwicklung in der frühen Bundesrepublik .....	37
C. Überblick über das Flexibilisierungsinstrumentarium im Innenbereich .....	39
I. Flexibilisierung aufgrund Gesetzes .....	39
1. Flexibilisierung von Planvorgaben .....	39
a) Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB .....	39
aa) Gemeinwohlerfordernis .....	41
bb) Städtebauliche Vertretbarkeit .....	42
cc) Ausgleich unbeabsichtigter Härten .....	43
dd) Gemeindliches Einvernehmen .....	44
ee) Ermessensspielräume .....	45
b) Befreiung nach § 31 Abs. 3 BauGB .....	46
c) Befreiungstatbestände für Flüchtlingsunterkünfte .....	49
aa) § 246 Abs. 10 BauGB .....	50

bb) § 246 Abs. 12 BauGB .....	51
2. Flexibilisierung im unbeplanten Innenbereich .....	52
a) Abweichung im faktischen Baugebiet .....	53
b) Abweichung vom Gebot des Einfügens .....	53
aa) § 34 Abs. 3a BauGB .....	53
bb) § 246 Abs. 8 BauGB .....	55
3. Flexibilisierung unabhängig von der Gebietskulisse .....	55
a) § 37 Abs. 1 BauGB .....	56
b) § 246 Abs. 14 BauGB .....	58
c) § 246b BauGB .....	59
d) § 246c BauGB .....	60
II. Flexibilisierung durch Gesetz .....	63
1. § 38 BauGB .....	63
2. § 245a BauGB .....	64
3. § 248 BauGB .....	65
D. Exkurs: Einzelfallkorrektur nach § 15 BauNVO .....	66
E. Ansätze einer Systemverschiebung .....	68

## *Zweiter Teil*

<b>Verfassungsrechtliche Grenzen legislativer Gestaltungsspielräume</b> .....	<b>73</b>
A. Rechtsnatur des kommunalen Planrechts .....	74
B. Gesetzgebungskompetenz .....	76
C. Rechtsstaatliche Flexibilisierungsschranken .....	78
I. Gewaltenteilungsgrundsatz .....	79
1. Ansätze zur Abgrenzung von Handlungsdomänen .....	80
a) Funktionsadäquanz .....	81
b) Gewaltenbalance .....	84
c) Kernbereichsschutz .....	85
2. Zwischenergebnis: Beschränkte Direktionskraft .....	86
II. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	87
1. Vorrang des Gesetzes .....	87
2. Vorbehalt des Gesetzes .....	89
a) Entwicklung des Gesetzesvorbehalts .....	90
b) Ausprägungen im Grundgesetz .....	92
c) Vorbehalt des Parlamentsgesetzes für wesentliche Entscheidungen .....	95
aa) Vorbehalt des hinreichend bestimmten Parlamentsgesetzes .....	97
bb) Kein absolutes Vergesetzlichungsgebot .....	99

d) Gestaltungsvorgaben für das Befreiungswesen .....	100
aa) Anforderungen an den Grad normativer Dichte .....	103
bb) Von der Rechtswohltat zum Rechtsanspruch .....	107
cc) Problematik kommunaler Vetorechte .....	109
dd) Kompensation normativer Dichte durch Verfahren .....	112
e) Zwischenergebnis .....	114
III. Bestimmtheitsgebot .....	117
IV. Gebot folgerichtiger Rechtsetzung .....	119
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	120
2. Begrenzte verfassungsrechtliche Folgerichtigkeitserwartung .....	123
3. Gestaltungsvorgaben für das Befreiungswesen .....	125
D. Garantie kommunaler Selbstverwaltung als Flexibilisierungsschranke .....	127
I. Institutionell gewährleisteter Schutz .....	129
1. Objektive Rechtsinstitutionsgarantie .....	131
2. Insbesondere: Schutz der Planungshoheit .....	132
II. Beeinträchtigungen kommunaler Selbstverwaltungsrechte .....	134
III. Gestaltungsvorgaben für das Befreiungswesen .....	135
1. Absoluter Kernbereichsschutz .....	136
2. Relativer Schutz des Randbereichs .....	139
a) Schutz nach Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten .....	139
b) Leitlinien für die Abwägungsentscheidung .....	141
aa) Legitime Gemeinwohlerwägungen .....	141
(1) Maßstababildung .....	141
(2) Überörtliche Ingerenzen .....	143
bb) Eignung und Erforderlichkeit .....	145
cc) Angemessenheit .....	146
(1) Hürden für die Überwindung tragender Planinhalte .....	147
(2) Kompensation durch kommunale Mitentscheidungsrechte .....	148
3. Befund eines Zielkonflikts und Versuche der Auflösung .....	149
a) Verfahrensrechtliche Aufladung .....	150
b) Alternative Formen kommunaler Beteiligung .....	151
IV. Exkurs: Kommunale Selbstverwaltung als Argument für Flexibilisierung .....	153
E. Grundrechte als Flexibilisierungsschranken .....	154
I. Eigentumsschutz .....	155
1. Differenzierung zwischen Eigentümer- und Nachbarperspektive .....	155
2. Schutz der Eigentumsrechte Drittbetroffener .....	156
a) Abwehr rücksichtsloser Beeinträchtigungen .....	158
b) Weitergehende eigentumsrechtliche Befreiungsgrenzen .....	159
aa) Eingriff in das Interessengeflecht der Planung .....	159

bb) Plangewährleistung und Vertrauensschutz .....	162
(1) Inhärenter Flexibilisierungsbedarf .....	162
(2) Begrenzt schutzwürdiges Vertrauen .....	163
cc) Eigentumsschützende Verfahrensvorgaben .....	165
c) Zwischenfazit: Beschränkte Direktionskraft .....	167
II. Gleichheitsschutz .....	167
1. Anforderungen an den flexibilisierenden Gesetzgeber .....	169
a) Selektive Flexibilisierung .....	170
b) Befreiungskontingente .....	172
2. Anforderungen an die flexibilisierende Verwaltung .....	173
III. Exkurs: Grundrechtsschutz als Argument für Flexibilisierung .....	175

### *Dritter Teil*

<b>Unionsrechtliche Grenzen legislativer Gestaltungsspielräume</b> .....	176
A. Richtlinie über die Strategische Umweltprüfung .....	177
I. Entstehungshintergrund .....	177
II. Vorgaben für das Bauleitplanungsrecht .....	178
III. Nationale Umsetzungsgesetzgebung .....	180
IV. Flexibilisierung = Planänderung? .....	181
1. Rechtssache An Bord Pleanála (Rs. C-9/22) .....	181
2. Vorhabenbezogene Abweichung $\neq$ Planänderung .....	183
a) Autonome Auslegung des Unionsrechts .....	184
b) Regelungswortlaut .....	184
c) Regelungssystematik .....	185
aa) Verhältnis zur UVP-Richtlinie .....	185
bb) Befreiung als Zulassungsäquivalent .....	186
cc) Kein funktionaler Planungsakt .....	187
d) Regelungszweck .....	190
V. Gestaltungsvorgaben für das Befreiungswesen .....	190
1. Maßstab: Effektivitätsgrundsatz („ <i>effet utile</i> “) .....	191
a) Inhaltliche Konturierung .....	191
aa) Auslegungsgrundsatz .....	192
bb) Optimierungsgebot .....	192
cc) Vereitelungsverbot .....	193
b) Gebotene Mindestwirksamkeit .....	195
2. Unionsrechtskonforme Gestaltungsoptionen .....	196
a) Qualitative Beschränkungen .....	198
aa) Grenze: Erhebliche Umweltauswirkungen .....	198

bb) Umsetzungsmöglichkeiten .....	201
(1) Typenausnahme .....	201
(2) Einzelfallentscheidung .....	203
b) Quantitative Beschränkungen .....	204
B. Rechtsakte ohne Relevanz für das Befreiungswesen .....	205
<b>Ergebnisse der Arbeit in Thesen .....</b>	<b>206</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>211</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>248</b>



# Einleitung

## I. Gegenstand und Ziele der Arbeit

Planung ist ein „methodisches Lenkungsmittel künftigen Geschehens“<sup>1</sup>. Dieses zukunftsgerichtete Wesen der Planung geht mit der Problematik einher, dass sich die der Planung zugrundeliegenden Prämissen grundlegend von den Umständen der späteren Planverwirklichung unterscheiden können. Es steht im Entscheidungszeitpunkt also nicht mit Sicherheit fest, ob die zugrunde gelegten Annahmen auch tatsächlich eintreten werden. Nicht selten zwingen nachfolgende Entwicklungen den Plangeber deshalb dazu, ein einst mühsam erarbeitetes Planwerk anzupassen oder gar aufgeben zu müssen.<sup>2</sup> Ein solcher Flexibilisierungsbedarf kann gerade dort entstehen, wo ein langjähriger Planungshorizont auf eine dynamische Lebenswirklichkeit trifft.

Das Recht der Bauleitplanung ist ein anschauliches Beispiel für die Problematik, eine – unter Umständen jahrhundertealte<sup>3</sup> – Planung geänderten Rahmenbedingungen anpassen zu müssen.<sup>4</sup> Da zahlreiche Bauleitpläne nach ihrer Aufstellung nicht oder nur unwesentlich angepasst wurden, prägen die städtebaulichen Vorstellungen ihrer Entstehungszeit den Rahmen des planungsrechtlich Zulässigen noch heute. Das fortgeltende Planrecht kollidiert jedoch bisweilen mit geänderten Nutzungsbedürfnissen. Da der Ausbau des Wohnungsbestands vielerorts nicht mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt hält, steigen in zahlreichen Städten und Gemeinden

---

<sup>1</sup> *Stern*, Staatsrecht, Bd. 2, 1. Aufl., S. 704; im Anschluss daran *Hoppe*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR, Bd. 4, 3. Aufl., § 77 Rn. 2; ähnlich *Badura*, in: FS Weber, S. 923; m.w.N. v. *Weschpfennig*, in: Kahl/Ludwigs (Hrsg.), HVerwR, Bd. 5, 1. Aufl., § 156 Rn. 6.

<sup>2</sup> Siehe etwa *Schmidt-Aßmann*, in: FS Schlichter, S. 5: Auch der fertige Plan sei stets nur ein „Vorentwurf, der anpassungsfähig sein muß“; *Kirchhof*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR, Bd. 5, 3. Aufl., § 99 Rn. 144.

<sup>3</sup> Auf Grundlage von § 173 Abs. 3 Satz 1 BBauG i.V.m. § 233 Abs. 3 BauGB gelten zahlreiche „altrechtliche“ Vorschriften und Pläne als Bebauungspläne fort. Noch heute sind z. B. in der Freien und Hansestadt Hamburg erhebliche Teile des Stadtgebiets durch Baustufenpläne überplant, die auf Grundlage der Baupolizeiverordnung für die Freie und Hansestadt Hamburg vom 8. Juni 1938 (VBl S. 69) ergangen sind. Daneben sind etwa noch zahlreiche Fluchtlinienpläne nach dem Gesetz betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften (sog. Preußisches Fluchtliniengesetz) vom 2. Juli 1875 (GS S. 561) in Kraft.

<sup>4</sup> Das jeder Planung inhärente Flexibilisierungsbedürfnis erkannte bereits der römische Mimen-Autor *Publilius Syrus* im ersten vorchristlichen Jahrhundert, zitiert nach *Beckby*, Die Sprüche des Publilius Syrus, S. 40 f.: „Malum est consilium, quod mutari non potest“ (Der Plan, den man nicht ändern kann, ist schlecht).



auch die Wohnkosten stark an.<sup>5</sup> Gleichzeitig sinkt die gesellschaftliche Bereitschaft, für städtebauliche Erweiterungsvorhaben unversiegelte Flächen in Anspruch zu nehmen. An die Stelle des städtebaulichen Ideals einer gegliederten und aufgelockerten Stadt<sup>6</sup> tritt vor diesem Hintergrund heute verbreitet die Forderung nach urbanen,<sup>7</sup> alsoutzungsgemischten und zunehmend verdichteten, Quartieren.<sup>8</sup> Der Realisierung solcher städtebaulichen Strukturen stehen jedoch mitunter die geltenden bauplanungsrechtlichen Vorgaben entgegen, die vielerorts nicht mit den geänderten städtebaulichen Vorstellungen Schritt gehalten haben.<sup>9</sup> So sehen die in den ehemaligen Stadt- und Ortserweiterungsgebieten der Nachkriegszeit geltenden Bauleitpläne vielerorts noch immer eher kleindimensionierte Baukörper in offener Bauweise vor, die auf nach heutigen Maßstäben großzügigen Parzellen stehen. Ein Grund für die mangelnde Bereitschaft vieler Kommunen, etwas an diesem Umstand zu ändern,<sup>10</sup> mag sein, dass Plan- und Planänderungsverfahren heute überaus ressourcen- und zeitaufwändig sind.<sup>11</sup> Aufgrund starker gesellschaftlicher Beharrungskräfte sind Umplanungsverfahren auch typischerweise konfliktreich und angesichts ihrer rechtlichen Komplexität überdies fehlerträchtig.<sup>12</sup>

Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass der Gesetzgeber zunehmend Spielräume eröffnet, um von den bauplanungsrechtlichen Vorgaben auf Ebene der Vorhabenzulassung abweichen zu können. Vereinzelt greift der Gesetzgeber dabei unmittelbar kraft Gesetzes in das geltende Planrecht ein.<sup>13</sup> Eine solche

<sup>5</sup> Eingehend zur aktuellen Situation am Wohnungsmarkt: *Winkler*, Die Regulierung von Bestandsbauten in angespannten Wohnungsmärkten, S. 182 ff.

<sup>6</sup> Siehe grundlegend zu diesem insb. in der unmittelbaren Nachkriegszeit verbreiteten städtebaulichen Leitbild etwa *Göderitz/Rainer/Hoffmann*, Die gegliederte und aufgelockerte Stadt. Diesem – letztlich antiurbanen – Stadtverständnis lag die sog. „Charta von Athen“ zugrunde, die im Jahre 1933 von Vertretern der *Congrès Internationaux d'Architecture Moderne* (CIAM) verabschiedet wurde.

<sup>7</sup> Die Wiederentdeckung der Qualitäten urbaner Bebauung manifestierte sich etwa in der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, die im Jahre 2007 von den für Städtebaufragen zuständigen Ministern der Europäischen Mitgliedstaaten verabschiedet wurde.

<sup>8</sup> Dieses geänderte städtebauliche Leitbild lag erkennbar auch der Einführung der Gebietskategorie „Urbane Gebiete“ in § 6a BauNVO zugrunde. Durch den neuen Gebietstypus soll den Kommunen „ein Instrument zur Verfügung gestellt [werden], mit dem sie planerisch dieutzungsgemischte Stadt der kurzen Wege verwirklichen können“, so BT-Drs. 18/10942 vom 23. Januar 2017, S. 32.

<sup>9</sup> Vgl. z. B. *Kment*, ZRP 2020, 179 (180) der meint, dass sich „Bebauungspläne, die früher als Garant einer ausgewogenen Bodennutzung dienten, plötzlich als Hindernis [...] erweisen“.

<sup>10</sup> Siehe aus jüngerer Zeit *Möller*, ZRP 2021, 99 (99), der die Kommunen auffordert, „endlich wieder selbst ausreichend zu planen“.

<sup>11</sup> So etwa *Reicherzer/Finster*, ZfIR 2021, 149 (151). Besonders misslich sei dies insbesondere dort, wo – wie in der Praxis häufig – bei einem Planungsverfahren von vornherein feststeht, was das Ergebnis der Planung sein soll, so *Reidt*, BauR 2023, 391 (397).

<sup>12</sup> *Schink*, in: Mitschang (Hrsg.), Schaffung von Bauland, S. 13.

<sup>13</sup> Siehe § 245a Abs. 1 und § 248 BauGB, dazu Erster Teil, Kap. C.II.2. und C.II.3., S. 64 ff.

Flexibilisierung *ipso iure* ist bislang jedoch die Ausnahme geblieben. Klassischerweise werden die Baugenehmigungsbehörden dazu ermächtigt, auf Antrag des Bauwilligen Abweichungen von den bauplanungsrechtlichen Regelvorgaben zuzulassen. Als rechtliches Vehikel für solche Freistellungsentscheidungen fungiert das Rechtsinstitut der Befreiung, das seit Inkrafttreten der bundeseinheitlichen Bauplanungsvorschriften mehrfach modifiziert und dabei erheblich ausgeweitet wurde. Insbesondere ermöglicht der Gesetzgeber mittlerweile auch Abweichungen von den Planersatznormen im unbeplanten Innenbereich.<sup>14</sup> Die gesetzgeberische Dynamik ist dabei ungebrochen. So war auch eine erneute Erweiterung der administrativen Flexibilisierungsmöglichkeiten durch Einführung von § 31 Abs. 3 BauGB Anlass und Ausgangspunkt dieser Arbeit.<sup>15</sup> In der Phase der Fertigstellung dieser Arbeit wurden weitere Pläne für eine erhebliche Ausweitung von Abweichungsspielräumen (§ 246e BauGB) bekannt.

Ein Rechtsinstitut, das es der Bauverwaltung ermöglicht, von verbindlichen bauplanungsrechtlichen Vorgaben abzuweichen, sieht sich unweigerlich verfassungsrechtlichen Bedenken ausgesetzt. Schließlich droht der Bebauungsplan als eine in einem komplexen Verfahren zustande gekommene Rechtsnorm im Einzelfall zur Disposition der Bauverwaltung gestellt zu werden. Dies wirft eine Vielzahl verfassungsrechtlicher Fragen auf. Daneben hält auch das Unionsrecht rechtliche „Fallstricke“ bereit. Denn Bauleitplanungsverfahren müssen nicht nur nationalem Recht genügen, sondern sind heute auch unionsrechtlich überformt. Vor diesem Hintergrund mag man sich fragen, ob nationale Vorschriften, die durch Legalisierung bebauungsplanwidriger Vorhaben den Verzicht auf ein ansonsten erforderliches Planänderungsverfahren ermöglichen, mit dem Unionsrecht vereinbar sind.

Noch 1964 attestierte Reinhard Mußnug dem rechtswissenschaftlichen Schrifttum in seiner Dissertationsschrift mangelndes Interesse für das Befreiungswesen.<sup>16</sup> Dieser Befund trifft heute sicherlich nicht mehr zu, wie schon ein Blick auf das Literaturverzeichnis dieser Arbeit zeigt. Trotzdem wirft das Rechtsinstitut auch heute noch zahlreiche reizvolle Rechtsfragen auf. Die verfassungs- und unionsrechtlichen Spielräume des flexibilisierenden Gesetzgebers werden in der Literatur zwar durchaus thematisiert. Die häufig aus Anlass einer konkreten Gesetzesänderung abgegebenen Stellungnahmen beschränken sich jedoch meist auf eine isolierte Prüfung der jeweils untersuchten Novelle, ohne dabei die gesetzgeberischen Rechtsetzungsspielräume im Befreiungswesen allgemein in den Blick zu nehmen.<sup>17</sup> Außerdem ist die Mehrzahl der monographischen Ausführungen zum Befreiungs-

---

<sup>14</sup> So erlaubt etwa u. a. § 34 Abs. 3a BauGB Abweichungen vom Erfordernis des Einfügens nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB, siehe dazu nur *Ziegler*, ZfBR 1980, 173 (177 f.).

<sup>15</sup> Die Vorschrift soll der Verwaltung in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt in Einzelfällen eine Durchbrechung der Grundzüge des geltenden Planrechts ermöglichen, siehe dazu im Folgenden unter Erster Teil, Kap. C.I.1.b), S. 46 ff.

<sup>16</sup> *Mußnug*, Der Dispens von gesetzlichen Vorschriften, S. 33 und S. 57 f.

<sup>17</sup> Siehe z.B. aus jüngerer Zeit *Lang*, Sonderregelungen zu Flüchtlingsunterkünften, S. 293 ff.; siehe auch *Brandt/Willmann*, Rechtsgutachterliche Stellungnahme.